

Abonnementspreis
Für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
von Quartal.
Monats-Abonnements
à 54 Pf.
Werden bei allen deutschen Postanstalten
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen.

Inserate
Für Veranlagungen von Zeitungs 40 Pf.
Für Privatangelegenheiten und Texte pro
Zeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes.
Filiat-Expeditionen.
New-York: Mr. Henry Goldschmidt, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Gern. Richter, 346 West — 37 Str.
Philadelphia: E. Goh, 908 North 3rd Street.
J. Bell, N. E. box Charlotte & George Str.
Hoboken N. J.: J. E. Garg, 215 Washington Str.
Chicago: W. Hanfmann, 74 Clybourn Ave.
San Francisco: B. G. 418 O'Farrell Str.
London W.: Miss. Gellmann, 37 A. Princes Str. Leicester Squ.

Nr. 58.

Sonntag, 19. Mai.

1878.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12/11, in der Expedition der „Fadel“, H. Fleischerstraße 15, part. und bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstraße 6/IV, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsstraße 60, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Sonnenw. bei Hader, Kurze Str. 10 part., für Alteinwohner u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, Reudnitz bei Bschau, 15/1, für Plagwitz-Lindenu bei Frau Grafenstein, Kurelienstr. 3, für Gohlis u. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartalsabonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Die Gewerbegesetznovelle im Reichstage.

III.
(Schluß.)

Berlin, 14. Mai.

§ 133 lautet nach den Commissionsbeschlüssen wie folgt: Kinder unter zwölf Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre dürfen Kinder in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen. Die Beschäftigung darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. — Hierzu beantragen: Abg. Benzig: 1) in Absatz 3 statt „zehn Stunden“ zu setzen „elf Stunden“; im Falle der Ablehnung dieses Antrags: 2) in Absatz 3 hinter den Worten „zehn Stunden“ einzufügen: „in Spinnereien nicht länger als elf Stunden“. — Abgg. Wölffel, Dr. Vuhl: Den § 133 in folgender Fassung anzunehmen: Kinder unter zwölf Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. Schulpflichtige Kinder unter vierzehn Jahren dürfen in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen. — Abg. Benzig stellt zu diesem Antrag den Unterantrag, die Worte „zehn Stunden“ in „elf Stunden“ zu verwechseln. — Abgg. Dr. Freiherr v. Hertling, Dr. Franz und Stöckel: § 133 folgendermaßen zu fassen: „Kinder dürfen vor ihrer Entlassung aus der Schule nicht in Fabriken beschäftigt werden. Diese Bestimmung tritt am 1. Januar 1882 in Kraft. Ausnahmen von dem Verbote, welche zu Gunsten einzelner Industriezweige die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder nach vollendetem zwölften Jahre in Fabriken zulassen, bestimmt der Bundesrath. Die Beschäftigung ist nur zulässig, wenn die Kinder in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen. Die Beschäftigung darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute unter sechzehn Jahren, sowie Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.“ — Zu diesem Antrag liegt ein Unterantrag Benzig vor: „In Absatz 4 anstatt „zehn Stunden“ zu setzen „elf Stunden“. — Abg. Rotteler und Genossen: Dem § 133 folgende Fassung zu geben: „Für Kinder unter vierzehn Jahren ist jede Beschäftigung in Fabriken verboten. Vor vollendetem sechzehnten Lebensjahre dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Fabriken nicht länger als sechs Stunden täglich — ausschließlich der Pausen (§ 134) — beschäftigt werden. Junge Leute zwischen 16 und 18 Jahren, sowie Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, dürfen in Fabriken nicht länger als acht Stunden täglich — ausschließlich der Pausen (§ 134) — beschäftigt werden. An den Tagen vor Sonn- und Festtagen sind die vorgenannten Arbeitszeiten um je eine Stunde abzukürzen.“

Nachdem der Referent Dr. Wenzel die Commissionsvorschläge vertheidigt, reden die Herren Wiggers (Fortschritt) gegen Stöckel (Centrum) in scharfer Weise für den Schutz der Kinder in den Fabriken.

Darauf erhält Rotteler das Wort. Derselbe wandte sich zunächst gegen den Fortschrittler Wiggers, um ihm Einiges über die Beschränkung von Angebot und Nachfrage beizubringen, welche bei Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit unzweifelhaft zu Gunsten aller Arbeitergruppen am Arbeitsmarkte einwirken müßten. Auch über das Sinken aller Geldwerthe, Steigen der Lebensmittel u. bei abnormer Mehrung des Kapitals

mußte der alte Herr von R. noch belehrt werden, da er behauptet hatte: je mehr Kapital, desto höher die Arbeitslöhne. Der Polizei-Wau-Wau der Herren Richter und Genossen fand durch den Redner gebührende Kennzeichnung als ein bequemes Ausweichen, wenn es gelte, geschlechtlich für die Arbeiter einzustehen, statt mit Redensarten, und schließlich erinnerte derselbe auch noch an den Unterschied zwischen Polizei und Gesetz. Mit der ersteren haben wir nichts zu thun, sagte R., wir verlangen dagegen Schutzgesetze, die eine präzise Behörde auszuführen haben soll. Der fortschrittliche Antrag gleiche dem Beschluß, für die verschiedenen Patienten erst dann eine Arznei zu verschreiben, wenn sie kränker geworden seien. — Im zweiten Theile seiner eingehenden Rede erbrachte Rotteler mit Zahlen und Daten die Nachweise, daß durch die Frauen- und Kinderarbeit mehr und mehr männliche erwachsene Arbeitskräfte erwerbslos gemacht, die Löhne herabgedrückt, die Arbeiterkraft in gesundheitlicher und moralischer Hinsicht zerrüttet werde. Mit der Ausbreitung der Fabrikindustrie und Vervollkommnung der Maschinen werde der Kampf zwischen Mensch und Maschine immer vernichtender. Bei Zunahme der Fabriken in der Textilindustrie um 723 in 25 Jahren (1850—1875) sei die Spindelzahl um über 70 Prozent, die der mechanischen Stühle über 86 Prozent, die der Arbeitslöhner um über 146 Prozent gestiegen! Während das Arbeitercontingent im Alter von 15 bis 18 Jahren nur um wenige Prozente zugenommen habe, sei zur gleichen Zeit das Contingent der 18—25jährigen Arbeiter und darüber um 6 Prozent bis über 20 Prozent gefallen! Unerfahrene Anwärter diesen Mißstand abzumildern und dem fortgeschrittenen Experimentieren des Kapitals auf Kosten der Arbeitskraft Jügel anzulegen. Der achtstündige Normalarbeitstag für Frauen und Untersechzehnjährige sei eine Forderung im Interesse der Industrie wie der Arbeiter; es sei der ersteren durchaus nicht das Recht zuzusprechen, ihre Existenz — gleichbedeutend mit ihrem Profit — sich aus der Ueberarbeitung der Arbeiter herauszupressen. Daß durch die heilsame Verschiebung der Arbeitszeit der vom sozialistischen Antrage betroffenen Arbeitergruppen die Löhne steigen müssen, solle gar nicht verheimlicht werden, die Phrasen der Fabrikanten aber, daß bei kurzer Arbeitszeit auch die Löhne sinken müssen, zeige am deutlichsten, wie man mit der Arbeit und in erster Linie mit ihr seine Profite zu machen gewohnt sei.

Redner geht trotz wiederholter Schlafrufe die Resolutionen und Petitionen der Fabrikanten mit ihren eigenen Zahlen und gibt statistische Nachweise über die naturgemäße Entwicklung der Arbeitskraft, gegen die das heutige Produktionsystem fortgesetzt länder, obgleich in einem Memorandum der Fabrikanten von der Ethik die Rede sei, die zwischen der deutschen Industrie und ihren Arbeitern walten solle! Dies zu dokumentieren, sei durch Annahme unserer Anträge die beste Gelegenheit.

Die Commissionsvorschläge werden natürlich angenommen.

§ 134 lautet nach den Commissionsbeschlüssen: Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (§ 133) dürfen nicht vor 5 1/2 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 1/2 Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Die Pausen müssen für Kinder eine halbe Stunde, für junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren Mittags eine Stunde, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbe Stunde mindestens betragen. Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden. Während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Ratschumenen- und Confirmanden-, Beicht- und Communionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden. Wöchnerinnen dürfen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden. — Die Abgg. Rotteler und Genossen beantragen, den § 134 abzuändern, wie folgt: „Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen (§ 133) dürfen nicht vor 6 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Dieselben müssen Mittags eine Stunde, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbe Stunde mindestens betragen. Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern und den Arbeiterinnen eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in welchen sie beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden. Wöchnerinnen dürfen während sechs Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden. Eine Kündigung oder Entlassung solcher Arbeiterinnen darf während dieser Zeit nicht stattfinden.“ — Abgg. Dr. Blum, Dr. Klugemann: Den letzten Absatz der Regierungsvorlage: „An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Ratschumenen- und Confirmandenunterricht bestimmten Stunden, dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden“ wiederherzustellen. — Abgg. Dr. Freiherr v. Hertling, Dr. Franz, Stöckel: In Absatz 1 nach „Arbeiter (§ 133)“ zu setzen: „und der Arbeiterinnen“; in Absatz 1 statt: „junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren“ zu setzen: „die übrigen jugendlichen Arbeiter“; in Absatz 4 statt: „drei“ zu setzen „sechs“. — Abg. v. Reden: 1) Unter Streichung des letzten Satzes des § 134 der Commissionsbeschlüsse als § 137a einzufügen: „Wöchnerinnen dürfen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft in Fabriken nicht beschäftigt werden.“ 2) für den Fall der Annahme des vorstehenden Antrages: in

Artikel 2, § 146 Nr. 2 hinter: „§ 137“ einzufügen: „§ 137a“ und hinter: „jugendlichen Arbeitern“ einzufügen: „oder Arbeiterinnen“.

Abg. Rotteler: Gegen die Nachtarbeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter Schutz zu fordern, sei eine einfache Consequenz unserer Forderungen zu § 133. Viele Fabriken schlagen ihren Profit ausschließlich aus der Nachtarbeit der Frauen heraus. Die Arbeiterchaft nenne diese Etablissements „schmutzige Todtenbuden“ und aus diesen stelle er dem gesunden „Dragoner“ aus der Weißbleichfabrik, den Herr Stumm citirt habe, um zu beweisen, daß Nachtarbeit für Arbeiterinnen nicht schade, unsere lebendigen Leichen“ aus der Textilindustrie entgegen. Der weitere Zusatzantrag zu diesem Paragraphen spreche für sich selbst, die Erfahrung lehre, daß die Herren Fabrikanten, um nicht fortgesetzten Personalwechsel zu haben, Arbeiterinnen lieber entlassen, wenn sie nach der Entbindung länger außer Arbeit bleiben. Man möge bei diesen Anträgen nicht die Partei, sondern die Menschlichkeit sprechen lassen.

Natürlich wird, nachdem das bekannte Sozial-Märchen einmal wieder gegen die Sozialdemokratie gebelfert hatte, der Commissionsantrag angenommen.

Der § 139 lautet:

§ 139. Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 133 bis 138, sowie des § 119 Absatz 3 in seiner Anwendung auf Fabriken ist ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden besonderen von den Landesregierungen zu ernennenden Beamten zu übertragen. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision der Fabriken zu. Sie sind vorbehaltlich der Anzeige von Geschwindigkeiten, zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntniß gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Revision unterliegenden Fabriken zu verpflichten. Die Regelung der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen diesen Beamten und den ordentlichen Polizeibehörden bleibt den Landesregierungen vorbehalten. Die erwähnten Beamten haben Jahresberichte über ihre amtliche Thätigkeit zu erstatten. Diese Jahresberichte oder Auszüge aus denselben sind dem Reichstage vorzulegen. Auf Antrag der Landesregierungen kann für solche Bezirke, in welchen Fabrikbetriebe gar nicht oder nur in geringem Umfange vorhanden sind, durch Beschluß des Bundesrathes von der Anstellung der besonderen Beamten abgesehen werden. Die auf Grund der Bestimmungen der §§ 133 bis 138, sowie § 119 Absatz 3 in seiner Anwendung auf Fabriken auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während die Fabriken im Betriebe, gestatten.“

Nach langer Debatte wird dieser Antrag der Commission mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen.

An Stelle des § 154 der Gewerbeordnung soll folgender Paragraph treten:

Die Bestimmungen der §§ 105 bis 131 finden auf Gehäusen und Gefäßen in Apotheken und Handelsgeschäften keine Anwendung. — Die Bestimmungen des § 105a, sowie der §§ 133 bis 139 finden auf Arbeitgeber und Arbeiter in Werkstätten, in deren Betrieb eine regelmäßige Benutzung von Dampfkraft stattfindet, sowie in Hüttenwerken, in Vanhöfen und Werften entsprechende Anwendung. — In gleicher Weise finden Anwendung die Bestimmungen des § 105a, sowie der §§ 114 bis 118 und 133 bis 139 auf die Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen oder Gruben. Arbeiterinnen dürfen in Anlagen dieser Art nicht unter Tage beschäftigt werden. — Zuwiderhandlungen gegen letztere Bestimmung unterliegen der Strafbestimmung des § 146.

Abg. Stumm schlägt vor, im dritten Absatz hinter dem Worte: „Bergwerken“ einzuschalten: „Salinen“.

Abg. Dr. Hammacher beantragt, vom zweiten Absatz an den Paragraphen wie folgt zu fassen: Die Bestimmungen des § 105a, sowie der §§ 114 bis 118, 124 und 133 bis 139 finden entsprechende Anwendung auf die Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen und Gruben, jedoch mit der Maßgabe, daß es bezüglich der Aufsicht über die Ausführung der §§ 119 Absatz 3 und 133 bis 138 bei den bestehenden berggesetzlichen Einrichtungen verbleibt, und daß Arbeiter von 14 bis 16 Jahren bei dem unterirdischen Betriebe von Bergwerken und Gruben auf Grund besonderer Erlaubniß der Bergpolizeibehörde beschäftigt werden können, ohne daß während der zu gewährenden Pausen der Betrieb, bei welchem sie beschäftigt sind, eingestellt zu werden braucht. Arbeiterinnen dürfen in Anlagen dieser Art nicht unter Tage beschäftigt werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung unterliegen der Strafbestimmung des § 146.

Abg. Rotteler schlägt vor, Absatz 3 hinter dem Worte: „Arbeiterinnen“ einzuschalten: „und jugendliche Arbeiter unter sechzehn Jahren“; sodann als Absatz 4 folgen zu lassen: „Ebenso dürfen in diesen Anlagen Arbeiterinnen überhaupt und jugendliche Arbeiter unter achteizehn Jahren zum Bedienen von Maschinen oder sonstigen mechanischen Vorrichtungen zum Aus- und Einfahren nicht verwendet werden.“

Derselbe begründet sein Amendement folgendermaßen: Niemandes klarer als bei der Bergarbeit dokumentirt sich die Nothwendigkeit, die Kinder- und Frauenarbeit zu beschränken und Arbeiterinnen, sowie besonders unter 16jährige Arbeiter „unter Tag“ gänzlich auszuschließen. Erfah. an Erwachsenen gebe es in Fälle. Er erinnere an die vielen Arbeitslosen, Bettler, „Bogabonden“. Die jugendlichen Arbeiter fänden „über Tag“ sofort wieder Verwendung. Von einer Lehre im Sinne des Handwerks könne beim Bergarbeiter nicht die Rede sein, also

sei auch die Behauptung hinfällig, es handle sich bei Beschäftigung der Keinen Vergleiche „unter Tag“ in erster Linie um Heranziehung eines tüchtigen Arbeiterstandes.

Redner kennzeichnet die verschiedenen Arbeiten der Knaben im Bergwerk als gesundheitsgefährlich, gefährlich und verantwortungsvoll, weil noch andere Menschenleben davon abhängen, wie z. B. beim Bremsen und Pferdeleiten etc. Das Contingent der 12-14jährigen sei so verschwindend klein, daß es in ganz Deutschland kaum 1000 Köpfe betrage, und da wolle man behaupten, die Konkurrenzfähigkeit der Branche würde unter Beschränkungen, wie die vorgeschlagenen, leiden! Ebenso sei das Contingent der 14-16jährigen ein verhältnismäßig so geringes, daß deren anderweitige Verwendung ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen sei. Die Industrie frage nie darnach, was aus den Arbeitern werde, wenn neue Maschinen die menschliche Hand überflüssig machen, und beim Bergbau wirke die frühzeitige Arbeit „unter Tag“ so verderblich, daß z. B. von einer Belegschaft von 16,000 Mann in einem Jahre nicht weniger als 12,000 Mann in ärztlicher Behandlung standen. Mit 30 Jahren werde gewöhnlich der Bergmann „bergfertig“, d. h. ausgenützt und unbrauchbar, gewiß bereite Zahlen, die für unseren Antrag sprechen. Der Antrag, daß unter 18jährige nicht zum Barten von Maschinen etc. genommen werden sollen, sei dem englischen Berggesetz entnommen und auch bei uns in Deutschland bedärfnis geworden. In bergmännischen Kreisen heiße es, daß zu dieser Funktion Männer von Kraft und geistiger Reife gehören und nicht die Jugend. Sorge man, daß der Bergmann zur Arbeit nicht zu früh zur Grube fährt, dann wird er, wenn er dem Ende näher kommt, auch nicht allzufrüh zur Grube fahren müssen!

Der Commissionsantrag wird mit dem Amendement Stumm angenommen.

Der letzte Artikel: „Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1879 in Kraft“ wird ohne Debatte genehmigt.

Die in Bezug auf dieses Gesetz eingegangenen Petitionen, soweit sie dasselbe, beziehungsweise die darin behandelten Gegenstände betreffen, werden hierauf durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Das Haus genehmigt sodann folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, daß er über die Beschäftigung von Kindern und von jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren in der sogenannten Hausindustrie, sowie über die geeigneten Mittel, den dabei vorkommenden Unzuträglichkeiten abzuwehren, Erörterungen anstellen und dem Reichstage eine Vorlage darüber zugehen lasse.“

Es folgt noch die Verathung einer vom Abg. Stumm beantragten Resolution; dieselbe lautet: „Den Reichskanzler zu ersuchen, eine auf die Einführung des Titels 7 der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen gerichtete Vorlage dem Reichstage baldmöglichst zugehen zu lassen.“

Damit ist die zweite, die eingehende Verathung der Gewerbegeknovelle zu Ende.

Förderliches für das arbeitende Volk ist nicht zu Stande gekommen. Die sozialdemokratischen Anträge wurden natürlich abgelehnt!

Sozialpolitische Uebersicht.

In der Reichstagsitzung vom 14. Mai hatte der Abg. Windthorst zwei Interpellationen gestellt, von denen die erste, das Pferdeausfuhrverbot, nur deshalb Interesse erregte, weil der Kriegsminister von Preußen erklärte, daß das Verbot notwendig sei, um eventuellen Falles den Militärbedarf zu decken. Also doch! — Die zweite Interpellation bezog sich auf die Frage, wann der Strafvollzug im deutschen Reich seine einheitliche Regelung endlich erhalten solle. Der Bundescommissar Herr Friedberg erklärte, daß man an die gesetzgeberische Erledigung des Materials heranzutreten sei, um einer der nächsten Sessionen des Reichstags eine diesbezügliche Vorlage zu machen.

Es folgte die Verathung des Antrags der Sozialdemokraten, betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen Rost. Frijsche empfiehlt den Antrag lediglich mit Hinweis auf den bisherigen Wus des Hauses. Der unter liberaler Flagge gelobte ultra-reactionäre Abgeordnete des 6. schleswig-hol-

Religion.

Von A. Dult.

In Nr. 34 des „Vorwärts“ befindet sich folgende nach Württemberg gerichtete Briefkastennotiz:

Fordern Sozialdemokraten zum Massenaustritt aus der Kirche auf, und wollen mit den Ausgetretenen eine „freie Gemeinde“ noch besonders bilden, so verstößt solches Vorgehen nicht allein gegen unser Programm, sondern schädigt auch direkt unsere Sache, da durch derartige freigeemeindliche Nebenaktivitäten der Blick der Genossen von den eigentlichen Zielen der Sozialdemokratie abgelenkt wird, und sie in der Agitation für dieselbe erlahmen. Wo immer solche Erscheinungen zu Tage treten sollten, bitten wir unsere Genossen, denselben entgegenzutreten.

Ueber dieses Votum der Redaktion habe ich mich auszusprechen, da ich direkt zum Massenaustritt und zur Bildung einer confessionslosen („sozialen“) Gemeinde aufgefordert habe.

Die Insinuation, daß solches Vorgehen gegen unser Programm verstöße, weise ich hiermit zurück; die daran geknüpften Witten, dem entgegenzuarbeiten, halte ich für einen schweren Irrthum des Schreibers.

I.

Unser Programm fordert: Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung beschränken, unbeschränktes Coalitionsrecht.

Die Erklärung der Religion zur Privatsache ist, wie Jedermann weiß, ein Protest gegen Zwang in (religiösen) Meinungsäußerungen; sie bedeutet die Negation jeder staatlichen Verpflichtung zu irgend welcher Religion. — Sollte es jedoch Leute geben, welche diese Befreiung zu irgend einem Verbot jeder Religion aufbauen möchten, so würden sie damit unmöglich durchbringen, weil sie die individuelle Freiheit, die das Programm retten will, in neue Fesseln schlagen, und die heutige Reaktion, den Gewissensterrorismus, nur in anderer Weise wieder einzuführen vorhätten. Selbstverständlich muß jede private Meinungsäußerung und jede Coalition privater Meinungen zu einer öffentlichen gestattet und geschützt bleiben von Staatswegen innerhalb der bestehenden Gesetze. Es giebt keine Privatsache, die ich nicht, so lange die Gesetze sie nicht unfittlich, gemeinschädlich und strafbar erklären, zu einer öffentlichen zu machen

steinischen Wahlkreises, Dr. Besefer, bittet unter verschämtem Hinweis auf die agitatorische Thätigkeit des Abg. Rost und auf das Kaiserattentat den Frijsche'schen Antrag abzulehnen. (Bravo rechts.) Vaster nennt es einen verhängnisvollen Fehler, wenn der Reichstag sich durch eine augenblickliche Stimmung verleiten lassen würde, von dem früheren Gebrauche abzugehen; er stimme für den Antrag. Windthorst spricht mit einigen Seitenhieben auf Rost und einem frommen, heuchlerischen Augenaufschlag auch für den Antrag, bezugnehmend Eugen Richter, der aber als „lebhafter“ Gegner der Sozialdemokratie „lebhaft“ bebauert, daß überhaupt Sozialdemokraten im Reichstage sind. (Glauben wir recht herzlich, weil dieser moderne Thersites seine wohlverdienten Bückhungen gerade in dieser Session von den Sozialdemokraten erhalten hat.) Er (Richter) werde dafür sorgen, daß bei der nächsten Wahl, besonders in Berlin, den Sozialdemokraten energisch entgegengetreten werde. (Freut uns. Bei der letzten Nachwahl im 6. Berliner Wahlkreise ist es hauptsächlich den Schmähs- und Schimpfreden des Herrn Richter zu verdanken, daß Hasenclever eine so große Majorität erhielt.) Selbst der Deutschkonservative Abg. Hellsdorf sprach sich darauf noch für den Antrag Frijsche aus.

Rittinghausen erwiderte auf den Angriff Besefer's, daß die eigentliche Ursache der Rede des Abg. Besefer das verabscheuungswürdige Attentat sei, das vor einigen Tagen gegen den Kaiser begangen worden ist. Redner fährt dann folgendermaßen fort: Ich protestire aus allen Kräften dagegen, daß man versucht, dieses Attentat im Allergeringsten mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen. (Oho! rechts.) Wenn man das versucht, meine Herren, so geschieht es hauptsächlich deshalb, weil die alten Parteien sich nicht ablösen können von der Idee, daß dergleichen Attentate für die Parteien — und es war dies richtig für die alten Parteien — irgend ein günstiges Resultat hervorbringen können. Man begreift, daß bei den alten Parteien, bei denen es sich bloß darum handelte, immer eine Person zu ersetzen durch eine andere; man begreift, daß bei solchen Parteien man in die Verirrung hineinfallen konnte, nach dem Tode des einen oder anderen Mächtigen zu trachten, um diese Persönlichkeit durch eine andere zu ersetzen. Aber, meine Herren, bedenken Sie doch, daß wir Sozialdemokraten von den Persönlichkeiten gar nichts erwarten. Die Verbesserungen, welche wir anstreben, hängen nicht von den Persönlichkeiten ab; sie können auch nicht abhängen von irgend einer Versammlung, sie hängen ab von der Aufklärung, die wir in die Massen zu tragen haben, und dabei kann es nicht helfen, ob man hier oder da etwas ändert bei den Trägern der Gewalt. Vor allen Dingen wird es darauf ankommen, daß die Uebersetzungen in die Massen eindringen. (Rufe: Zur Sache. — Der Präsident meint, daß der Redner sich von der Sache entferne.) Meine Herren, ich habe geglaubt, es sei sehr wichtig, daß ein Mitglied der Sozialdemokratie sich frei über diesen Gegenstand aussprechen könne. Da ich aber unterbrochen werde, so will ich mich einfach darauf beschränken, zu erklären, daß ich es der liberalen Partei überlasse, die Würde des Parlaments in Bezug auf den vorliegenden Fall, nach ihrer Art, zu wahren.

Zum Schluß der Diskussion erklärt der Abg. Frijsche, daß ihm die ganze Verathung zu hoher Befriedigung gereicht habe. Vielleicht wären wir mit dem Antrage nicht vor das Haus getreten, wenn nicht außerhalb des Hauses seitens eines Staatsbeamten (Tessendorf!) darauf provocirt worden wäre, um das Votum des Reichstags als Material zur Anklage zu benutzen. Ich hatte die gute Meinung vom Hause, daß es derartigen Erwartungen nicht entsprechen würde. Ich habe mich darin nicht getäuscht. Ich habe mir noch das Wort erbeten, um dem Hause meinen Dank dafür auszusprechen.

Der Antrag wurde nunmehr mit allen gegen die Stimmen einzelner ultra-reactionärer Herren (Besefer, Rostke, von Schöning etc. etc.) angenommen.

— Verrückte Menschen. Verrückte Zustände. „Die so eben erschienene Negirande des großen Generalstabs reproducirt eine über die Kosten der Kriege angestellte Berechnung des Londoner „Economist“. Danach kosteten die zwölf Kriege seit dem Krimfeldzuge — wobei der jüngste russisch-türkische nicht mitgerechnet ist — durch Tod vor dem Feinde oder in Folge der Erkrankungen 1,948,000 Menschenleben. An Geld erforderten sie einen Aufwand von 48 Milliarden und

besugt wäre, sofern ich Theilnehmer und Genossen zum Vereine finde; und es ist dabei ganz gleichgültig, ob ich eine Association für Schuhsohlen oder für Herunterholung von Medien aus dem mittleren Kether gründe. Mit dem „Verstoß gegen das Programm“ ist es also nichts. Dagegen bleibt noch auf die „Schädigung unserer Sache durch Nebenaktivitäten“, auf „Abwendung von den eigentlichen Zielen der Sozialdemokratie zu antworten; und das thue ich um so lieber, als erst dieser Vorwurf den Kern des Pudels, eine für echte Sozialdemokratie ausgegebene Parole in sich schließt, die doch, wie ich zeigen werde, nur Unverständnis oder das Gespänndnis eventueller Impotenz ist.

II.

Die gedachte Parole glaubt nämlich genug und sogar das Höchste, Beste zu thun, wenn sie alles was Religion heißt, fortwirft, mißachtet, jede Beschäftigung damit als Abwendung vom Sozialismus darstellt, die Ausbildung des Sozialismus dagegen in die Ausbildung volkswirtschaftlicher Theorien und in den politischen Kampf legt. Nun ist aber jeder politische Kampf ein Kampf sittlicher Kräfte; diese sind es stets in letzter Instanz, welche die Staatsideen wie die Staatsbajonette lenken; und die langsamere oder schnellere Fortbildung des sittlichen Ideencircles (der Rechtsbegriffe, der Autoritäten u. s. f.) ist es, die entweder stetige Fortentwicklung der politischen Freiheit oder die Gewaltthat der Revolutionen erzeugt.

Sittlichkeit ist, nach dem Sozialismus, die Herrschaft der Naturgesetze der Gesellschaft über das natürliche Triebwerk des Einzelnen, den Egoismus.

Nach der Religion ist aber Sittlichkeit: die Befolgung der überirdisch offenbarten, von der Kirche gedeuteten, verwalteten und gehandhabten Gebote eines nur dem Glauben zugänglichen persönlichen Kirchengottes der Willkür und der Wunder! — In diesen heute herrschenden Begriffen liegt ein Abgrund von Unsinne, Aberglaube und Unheil für die Gesellschaft. — Je weniger ferner die Sittlichkeit entwickelt ist, um so mehr ist sie selbst bloßer Gottesdienst in der Gesellschaft; so mehr gilt Religion und Sittlichkeit für gleichbedeutend.

Es bedarf nun wohl keiner Ausführung, daß, wie alle politische Entwicklung, auch Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung, Sittenbildung, mit einem Wort das ganze soziale Leben einer Volksgemeinschaft auf den in ihr herrschenden Begriffen von Sittlichkeit basiert, daß insbesondere, um gleich zum Thema zu kommen, unser Staat, der Klassenstaat, tief mit all seinen Wurzeln noch in der Religion steckt, vom Herrscher von Gottes Gnaden bis zur Civielle mit Pastoren; daß Kirche und Staat

260 Millionen Mark, eine Summe, die dem acht- bis zehnfachen Betrag der Jahreseinkünfte der sämtlichen europäischen Staaten so wie Nordamerikas gleichtkommt.“

So lautet eine kleine Notiz in der letzten Nummer (134 vom 15. Mai) der „Kölnischen Zeitung“. In runder Summe zwei Millionen Menschenleben dem Wozoch des Militarismus und dynastischen Ehrgeizes geopfert, zu welcher kolossaler Zahl noch die halbe Million (mit den Kranken eine ganze Million) des russisch-türkischen Kriegs kommt. Und das Alles im Zeitraum von 2 Jahrzehnten.

Wie gesagt: es war eine ganz kleine Notiz, nicht volle acht Zeilen, und in Zeitdruck. Bloß zwei Millionen getödteter, gemordeter Menschen. Mehr Raum ließ sich nicht für sie beschaffen, denn das Berliner „Attentat“, der angebliche Nordversuch auf einen einzelnen Mann, dem dabei auch kein Härchen gekrümmt worden ist, verschlingt jetzt allein Raum unserer Zeitungen. Hier um einen Menschen, der nicht ermordet wurde, dieser außerordentlichen Wärm, dieser verschwenderische Aufwand von pathetischer Entrüstung; dort um zwei Millionen Menschen, die nur zu erfolgreich gemordet wurden, nicht ein Wort des Bedauerns, der Entrüstung. Wählt sich die Verlogenheit, die Heuchelei, die Corruption unseres politisch-sozialen Lebens schlagender kennzeichnen, als durch diesen Contrast?

Der Attentatslärm hat übrigens seine guten praktischen Gründe. Das immer verdächtiger und müßlicher werdende Attentat auf den Kaiser soll zu einem höchst realen Attentat auf die Sozialdemokratie und die letzten Rudera unserer Freiheiten ausgenützt werden. Die Auslassungen der gesammten Regierungspresse, die plötzlich, offenbar auf Befehl von oben, die anfängliche reservierte Haltung aufgegeben hat, läßt in Bezug hierauf keinen Zweifel zu. Hätte noch einer bestehen können, so wäre er durch die Ansprache zertrübt worden, welche der Kaiser, laut der „Provinzialcorrespondenz“, am Sonntag, beim Empfang des Staatsministeriums an dasselbe richtete, und worin er, nach einem Hinweis auf seine vorüber Thätigkeit gegen „staatsfeindliche Richtungen“, die Uebersetzung und Mahnung aussprach: „Jetzt wiederum und in erhöhtem Maße sei es Aufgabe der Regierung, dahin zu wirken, daß revolutionäre Elemente nicht die Oberhand gewinnen. Jeder Minister müsse dazu das Seine thun. Insbesondere komme es darauf an, daß dem Volke die Religion nicht verloren gehe. Dies zu verhüten, sei die hauptsächlichste Aufgabe.“

Wir müssen uns also, falls nicht „an maßgebender Stelle“ nach Verwindung des ersten Schrecks ruhigere Erwägungen noch Platz greifen, auf einige neue Reaktionsmaßregeln gefaßt sein. Und wir sind darauf gefaßt. Wenn die Gegner unsere Parteimit Gewalt in die Höhe bringen, den natürlichen Entwicklungsprozeß durchaus künstlich beschleunigen wollen, so können wir sie selbstverständlich nicht daran hindern.

Nun — wenn die reactionäre Presse das Attentat für Reaktionszwecke auszubenten sucht, so hat sie von ihrem Parteistandpunkt aus damit Recht. Wenn aber die liberale Presse in das nämliche Horn bläst, die Sozialdemokratie für den Lehmann'schen Blödsinn verantwortlich macht und Unterdrückungsmaßregeln fordert, so ist das eine Erbärmlichkeit ohne Grenzen, die uns freilich von diesen politischen Heuchlern nicht wandern kann, und zu gleicher Zeit eine kolossale Dummheit, denn die geforderten Unterdrückungsmaßregeln werden auch die liberale Partei treffen. In der „Erfelder Zeitung“ finden wir einen Artikel, welcher die „liberalen“ Anschauungen klassischer ausdrückt, als es in irgend einem uns bekannten Blatte bisher geschehen ist, und den wir deshalb hier im Auszuge mittheilen:

„Von einer Partei, auch wenn sie sich in der schärfsten Opposition befand mit dem herrschenden System, von einer achtenswerthen Partei konnte weder direkt noch indirekt die Veranlassung zu diesem wahnfinnigen Unterfangen ausgehen.“

„Nur einer einzigen Partei, der sozialdemokratischen, wird eine Zusammengehörigkeit mit dem Wöder zugemuthet werden, derselben, die für die Gräueltathen der Barier Communisten sich begeistert und den Mordversuch der Biera Sossulitsch in ihrem Hauptorgan, dem „Vorwärts“, verherrlicht.“

„Was hat die letzte Zeit, was allein das verfloßene Jahr im Schooße dieser Partei, die sich als die Trägerin der Zukunft hinzustellen beliebt, für Früchte gezeitigt! Durste nicht ein an Größenwahn leidender

troß alles hässlichen Habers unzertrennlich sind, und, obwohl sie einander nach dem Grillparzer'schen Wort*) nicht aus dem Sumpfe ziehen, doch festest sich auf einander stützen. Die Religion ist daher der mächtigste Feind des Sozialismus, wie denn auch bei dem allergrößten Bruchtheile der Staatsbürger, der ländlichen Bevölkerung, unsere Agitation noch an der religiösen Erziehung derselben fast völlig sich bricht. Diese Religion mit einem Worte ist die Hauptfestung des Antisozialismus, der Reaktion, das Brutnest aller sozialen Uebel. Wer somit diesen Kampf für nebensächlich hält und gar vor ihm warnt, der hat keinen Begriff von dem wahren Kampffelde des Sozialismus. Eben dieser Kampf ist nothwendiger und entscheidender als der politische, denn aus dem religiös-ethischen Boden wachsen erst die (neuen) Gesellschaftsverfassungen hervor; und er ist der eigentliche Kampf des Sozialismus, dessen großartiges Culturelement eben dies ist: eine neue Weltanschauung und neue Sittlichkeit in Fleisch und Blut der Gesellschaft einzubilden. Er fordert ja nicht die politische, sondern die soziale Revolution; er muß und will zur Gründung des Volksstaates nicht nur das Sittengebäude der christlichen Kirche zertrümmern, sondern ein anderes, das der Naturgesetze der menschlichen Gesellschaft, der Solidarität an dessen Stelle setzen. Der politische Kampf, die volkswirtschaftlichen Theorien, die Gesetzgebung, die Organisation selbst der arbeitenden Klasse sind nur ausführende Einzelrichtungen, Zweige des ethischen Kerns, der ihnen allen das Leben giebt. Der Sozialismus ist eine neue Ethik. Unvermeidlich, wie schon und jage man ihn auch hinausgeschoben mag, ist der Kampf der Sozialdemokratie gegen die religiös-sittlichen Prinzipien der heutigen Gesellschaft. Und in ihm liegt die nothwendige Entscheidung, das vermag nur dem oberflächlichen Blide zu entgehen. In Ethik erhaben über das Christenthum des Klassenstaates, so wird der Sozialismus unwiderstehlich. Und diesen Kampf auf dem ethischen Volksgebiete, das zur Zeit die christliche Religion ist, will man ihm verbieten? Will man für eine „direkte Schädigung des Sozialismus“ erklären?!

III.

Die Scheu vor diesem Kampfe geht nur hervor aus unzureichenden Mitteln für denselben, und da wo sie mit Fanatismus

*) Der Staat stützt sich auf Adel und Kirche, die beide sich wieder nur stützen auf ihn; das gleicht dem Versuch des Baron Münchhausen, am eigenen Zopf aus dem Sumpfe sich zu ziehen.

*) Eine längere Abwesenheit von Hause gestattet mir erst jetzt die durch diese öffentliche Warnung mit auferlegte Abwehr.

Buchhändlergesellschaft es wagen, in Rede und Schrift Unzufriedenen und Ungebildeten mit der Beseitigung der Religion die der Moral, mit dem Kampf wider den Staat denjenigen gegen die Gesellschaft zu predigen; hat nicht die sozialdemokratische Presse in der schamlosesten Weise den Kirchenraub verherrlicht und ihre petroleumduftenden Umsturzideen in die empfänglichen Gemüther ihrer zum größten Theil geistlich wie geistig unmündigen Leser gepflanzt? Und hat man gehört, daß Einer der hervorragenden Mitglieder, angeekelt von dem wüsten Treiben, aus der Partei ausgetreten, oder auch nur eine Stimme aus dem Kreise derjenigen laut geworden wäre, die vermöge ihrer Bildung die abschüssige Bahn erkennen mußten, auf der man sich bewegte? Nein, leider nein! Keiner dieser Männer scheint sich der großen Verantwortlichkeit bewußt gewesen zu sein, die er durch seine moralische und pekuniäre Unterstützung einer von gewissenlosen Agitatoren geleiteten Bewegung, einer Bewegung, die durch systematische Erregung von Unzufriedenheit und Fanatismus naturgemäß dahin führen mußte, wo sie jetzt angelangt ist, zum Königsord.

In welcher direkter Beziehung die sozialdemokratische Partei zu der unseligen That des Leipziger Klemperergesellen steht, das wird hoffentlich die Untersuchung klar stellen, wie weit sie indirekt das Verbrechen verschuldet, ist schon jetzt außer allem Zweifel. Man sehe nur irgend eins ihrer Propaganda an, wie aus jeder Zeile die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden hervorbricht, wie gewaltiam jedes Vorkommniß, ja das selbstverschuldete Glend und die von grenzenlosem Leichtsinne herbeigeführten Unglücksfälle Unbemittelter der Ausbeutung seitens der besitzenden Klassen in die Schuhe geschoben werden. Und gerade der Umstand, daß diese gefährliche Wirtur den Körperlich und geistig Unreifen gegeben wird, das ist das Traurige, das in der Weisheit der Verleumdung, der einem 21jährigen Schlingel die Wodwaffe in die Hand drückt.

Und in diesem Stil geht's weiter bis zur obligaten Phrasen über die nun zu erwartende Beschränkung der Press- und Redefreiheit, des Versammlungsrechts u. s. w. — Wahregeln, welche die Gutgefanten im Lande, wenn sie auch selbst darunter leiden, doch billigen müssen.

Greifen wir aus dem Phrasenbrei einige Bröckchen heraus. Die „Gruellthaten der Pariser Communisten“ schanen wir der Ignoranz des liberalen Leitartiklers; wegen der Wjera Saffulitsch haben wir aber ein Wörtchen mit ihm zu sprechen. Er insinuirt: indem wir — der „Vorwärts“ — den Schuß auf Trepow „verherrlicht“, hätten wir den Schuß auf den Kaiser Wilhelm gebilligt, wo nicht provoziert. Begreift der unglückliche Zeitungschreiber nicht, daß diese denunziatorische Schlussfolgerung eine Majestätsbeleidigung enthält, wie sie krasser nicht gedacht werden kann? Oder ist es nicht eine Beleidigung des deutschen Kaisers, ihn mit Trepow auf eine Stufe zu stellen? Mit Trepow, der brutalen Bestie, die hilflose, seinem Schutze anvertraute Gefangene auf's Blut peitschen ließ, mit Trepow, dem bestechlichen Spitzbuben, der die Gerechtigkeit verkaufte, drei Millionen in wenig Jahren misbraucht und sein Amt zu allen möglichen Inzestien mißbrauchte? Daß dieser Schandbube ein Opfer der Privatjustiz wurde, das haben wir natürlich gefunden und die That der Wjera Saffulitsch für menschlich durchaus berechtigt erklärt. Und wir haben damit nur dem Gedanken Ausdruck gegeben, der jeden anständigen Menschen bei der Nachricht von der diesem Glenden gewordenen Bückigung erfüllte, und der schließlich den Geschworenen — außerlesenen Großbürgern und Beamten — das freispredende Verdikt eingab. Das Verdikt ist von der civilisirten Welt mit Jubel begrüßt worden, und hat das Gewicht im „Vorwärts“, welches den denunziatorischen Geis der Trefelder Zeitungsschreibers und unzähliger Genossen desselben hat, veranlaßt.

Kein Zweifel, mit Volks- und Privatjustiz ist es ein bedenkliches Ding. Aber welche andere Justiz giebt es einem Schurken gegenüber, der über der gewöhnlichen Justiz steht? Ein Trepow spottet entweder der Justiz, oder er muß seine Wjera Saffulitsch finden. Aber was hat Lehmann mit Wjera Saffulitsch, was Kaiser Wilhelm mit Trepow gemein? Welchen Anlaß hat Kaiser Wilhelm der Privat- oder Volksjustiz, der Privatstrafe oder der politischen Rache gegeben? Merkt die „Trefelder Zeitung“, welchen horrenden Dreck sie geschossen?

Weiter. — Die sozialdemokratische Presse hat „schamlos den

Kirchenraub verherrlicht“. Die „Trefelderin“ zupfe sich an der eigenen Nase. Die sozialdemokratische Presse kammert sich verzeifelt wenig um Kirchen und „Kirchenraub“ — wenn aber das Trefelder Blatt sich die Mühe nehmen will, unsere liberale kulturkämpferische Presse und ihre eigenen Spalten zu durchblättern, so wird sie Centner und Tonnen von „Verherrlichungen des Kirchenraubs“ entdecken. Urförmlich ist die Wuth, daß keines „der hervorragenden Mitglieder“ unserer Partei derselben, angeekelt „von dem wüsten Treiben“, den Rücken gewandt — mit anderen Worten zum Renegaten geworden sei. Wir quittiren dankend das Compliment, und verabschieden uns hiermit von der „Trefelder Zeitung“.

Ueber die Person und Vergangenheit Lehmann's haben wir noch Verschiedenes nachzutragen. Unser Berliner Parteiorgan bringt (in seiner Dienstagsnummer) nachstehende Zusage:

Berlin, 12. Mai 1878.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen, soviel ich von meinem Freund, dem „Attentäter“ Lehmann weiß, wahrheitsgetreu mitzutheilen. Ich lernte denselben im Arbeiterbildungsverein Leipzig kennen, wir nahmen beide deutschen Sprachunterricht; sein Geschäft betrieb er nicht, er colportirte sozialdemokratische Schriften, die Behauptungen des „Tageblattes“, er habe dort Versammlungen einberufen oder abgehalten, ist unwahr. Am letzten Neujahr erzählte er mir im „Thüringer Hof“ in Leipzig, er habe an Hrn. Stöder nach Berlin geschrieben, um Probenummern des „Staatssozialist“; darauf erhielt er zehn Stück, welche er in der Sozialisten-Versammlung bei Michael, Windmühlenstraße, unentgeltlich vertheilte. Darauf schrieb er um mehr und erhielt zweihundert Stück Probenummern nebst einem sehr schmeichelhaften Brief, den er mir zu lesen gab, und in welchem der Schreiber die Bitte aussprach, den v. Lehmann persönlich kennen zu lernen. Am 20. Januar d. J. bin ich von dort wieder hierher übergesiedelt, und traf meinen Freund wieder, als ich mich beim Leichenbegängniß unseres Dentlers betheiligte. Er schritt ungefähr 50 Mann hinter mir. Noch ehe sich der Leichenzug in Bewegung setzte, kam er zu mir und stellte mich mit heftigen Worten zur Rede, warum ich den „Vorwärts“ nicht mehr hielte, die Abonnenten wären jetzt auf 9000 gesunken; ich sagte ihm, daß ich die „Berliner Freie Presse“ hielt, worauf er erwiderte, letztgenannte Zeitung sei ein reines Bourgeoisieblatt, gab mir jedoch seine Absicht kund, Abonnenten für die „Berliner Freie Presse“ zu sammeln. Bei dieser Gelegenheit hatte er eine Nummer vom „Vorwärts“ und eine Nummer vom „Staatssozialist“ in der Tasche. Ich schloß hiermit und bleibe ganz der Ihre. Carl Simplic.

Mit Bezug auf diesen Brief schreibt die Berliner „Volkszeitung“, die sich offenbar ihrer denunziatorischen Heulweierei zu schämen beginnt:

„Ein „Anarchist“, der zugleich Staatssozialist ist, der die „Berliner Freie Presse“ für ein Bourgeoisblatt hält — die Richtigkeit vorstehender Mittheilungen vorausgesetzt — ist jedenfalls ein wüster Kopf; ein Dursche, der bereits wegen Majestätsbeleidigung und Urkundenfälschung verfolgt wird, abwechselnd verschiedene Namen führt, mit einer ansteigenden Krankheit behaftet ist und endlich gar zum Attentäter wird, das Alles im Alter von 21 Jahren — ist ein Mensch, der die Schule des Lasters von Jugend auf und von Grund aus durchgemacht haben muß. Mit einem solchen verworfenen Subjekt wird Niemand eine politische Partei identifiziren wollen; auch zum politischen Fanatiker auf eigene Faust scheint uns der Kerl zu schlecht. Die weiteren Recherchen dürften daher wohl ergeben, daß Hödel ein verkommenes, unklarer Mensch ohne allen und jeden sittlichen Halt ist, der lediglich aus Freude am Verbrechen sogar vor einem Mordverbrechen gegen das Staatsoberhaupt nicht zurückschreckt, weil er die Größe dieses Verbrechens zu würdigen nicht vermocht hat.“

So die „Volkszeitung“, der übrigens bemerkt sei, daß alle Thatfachen, auf welche sie ihre neue, vernünftige Auffassung gründet, im Wesentlichen schon bekannt waren, als sie in den Chorus der reaktionären Wiederwärtler einstimmt, denen das Attentat Wasser auf die Mühle ist.

Einem Leipziger Blatt, der „Sächsischen Provinzialzeitung“ entnahmen wir folgende authentische Notizen:

„Der Klemperergeselle Max Hödel ist ein geborner Preuße. Seine Mutter verheirathete sich später an einen Schuhmacher

werden, sondern auch von der des Weltganzen, des höchsten Lebens oder höchsten Einklangs des Lebens. Ideen, welche die jeweilige Erkenntniß als weltregierend darstellt — und solche waren auch der Alog, der Fluß u. s. w. — werden dadurch zu Mächten über die Empfindung und über das Wollen (Handeln). Das ganze Selbstbewußtsein wird in ihnen einig, ruht in ihnen, handelt aus ihnen.

(Schluß folgt.)

Wir erhalten von einem Studiosus nachstehende Zuschrift: Vielleicht haben Sie die Güte, Folgendes in die Spalten des „Vorwärts“ aufzunehmen.

„Im vorigen Winter hörte ich in Breslau eine Vorlesung bei dem Prof. G. über Glaubenslehre. Wörtlich äußerte er darin: Vor Kurzem hat ein hiesiger Geistlicher behauptet, es sei Thorheit, an den Satan zu glauben. Man braucht allerdings nicht an den Satan glauben, wie ihn sich das Volk denkt, d. h. an ein Mittelglied zwischen Mensch und Thier, obwohl die Offenbarung St. Johannis von einem solchen redet. Das Letztere ist ganz entschieden bildlich zu nehmen. Wohl aber müssen wir an den biblischen Satan glauben. Von ihm sagt Paulus, er wirke besonders unter den Heiden, zugleich aber auch unter den Christen. Wie läßt sich das vereinigen? Manche haben vorgeschlagen, es sei der Satan allgegenwärtig, doch stimmt dies nicht zur Glaubenslehre. Vielmehr müssen wir sagen: Es giebt viele Teufel, aber der Eine, mit dem wir uns hier beschäftigen, ist der Ober- oder Hauptteufel. In Betreff seiner Eigenschaften sagt Paulus, er übt die Herrschaft in der Welt aus. Danach muß er colossalen Verstand besitzen. Da er aber Jahrhunderte lang vergeblich gegen Gottes Weltregierung kämpft und nicht einfliegt, daß er den Sieg nicht erringen kann, muß er von riesiger Thorheit besetzt sein. Wie läßt sich dies vereinigen: Der Satan hat von Natur riesigen Verstand, leidet aber an einer fixen Idee.“

„Leider nicht getroffen.“ Nach der neuesten Berliner Lehmannade wurde ein Arbeiter verhaftet, der gesagt haben soll, es sei schade, daß der Attentäter schlief geschossen. Vielleicht erinnern unsere liberalen Herren Bourgeois sich daran, daß nach dem Tschech'schen Attentat (im Jahr 1844) Schuppiabaldosen, Tabakspfeifen u. s. w. mit dem Bildniß Friedrich's Wilhelm's IV. mit der Unterschrift „Leider nicht getroffen“ in den Handel kamen, und zu Hunderttausenden von den liberalen Bürgern gekauft wurden.

Traber in Leipzig und brachte den Jungen mit in diese Ehe ein. Wegen einiger damals wohl schon verdienten Bückigungen von seinem Stiefvater, entfloß dieser hoffnungsvolle Sprößling und trieb sich vagabondirend umher. Von der Behörde ergriffen, wurde er als geborner Preuße der Erziehungsanstalt in Zeitz übergeben. Zu Otern 1872 confirmirt, übergab diese Anstalt den Hödel dem Klempermeister Robert Härtling in Zeitz in die Lehre. Vom Anfang an war derselbe dort ein aufmerksamer Lehrling, welcher seine Sache auch leicht begriff. Durch Verschiedenes gezwungen, mit anderen, auch älteren Lehrlingen aus der Correktions- und Erziehungsanstalt zu verkehren, lernte er sehr leicht von denselben sich das Schlechtere aneignen. Nachdem er bei dem Meister zwei Jahre gelernt hatte, sah sich dieser gezwungen, den Lehrling der Anstalt wegen zu großartiger Renitenz wieder zurück zu übergeben. (Zuletzt schlug er mit einem Umhängeisen — ein ca. 5 Pfund schweres beilariges Stab Werkzeug — auf einen Gefellen ein und wurde dieser Hieb von einem anderen Gefellen parirt, so daß er nicht den Kopf, sondern nur den Rücken des Betreffenden traf.) Dasselbst mußte er eine Arreststrafe bestehen, dann wurde er vorläufig bei dem Gärtner Baum untergebracht. Bierzehn Tage weiterer Lehrzeit absolvirte er bei dem Klemperer Stengel, zwei Jahr in Kayna und 6—8 Wochen bei dem Klemperer Nagel hier. Bewahrloste Erziehung seiner Jugend und egcentrisch angelegter Charakter mag hier wohl die Ursache seiner letzten Schandthat gewesen sein.“

Denselben Blatt wird „von anderer hochachtbarer Seite“ geschrieben:

Hödel ist nur durch Abstammung von Seiten seiner Mutter als preußischer Unterthan zu betrachten. Derselbe wurde erst als 13jähriger Schulknabe wegen Verwahrlosung (namentlich Bettelns, Vagabondirens und Stiehltens) auf den Antrag des königl. Landrathsamtes zu Merseburg in der hiesigen Lehr- und Erziehungsanstalt am 21. Juni 1870 durch die Anstaltsverwaltung des St. Georgenhauses zu Leipzig eingebracht. Nach seiner Otern 1872 erfolgten Confirmation wurde er am 3. April 1872 bei dem Klempermeister Härtling in Zeitz in die Lehre gebracht. Hödel hat in der Lehre nichts Gutes gethan, ist wegen maffitösen Ungehorsams und Aufreizung seiner Mitzebringer des öfteren bestraft. Nachdem er von Härtling deshalb entlassen, ist es seitens der Anstaltsverwaltung am 21. März 1874 bei dem Klempermeister Stengel zu Zeitz und am 13. April 1874 anderweit bei dem Gärtner Baum ebendasselbst untergebracht worden. Da derselbe jedoch auch bei diesen Meistern zu vielen Klagen Veranlassung gegeben, so wurde er (als letzter Versuch) am 1. Juli 1874 bei dem Klempermeister Bayer in Kayna untergebracht, von dem er nach Verlauf von zwei Jahren das Gesellenzeugniß ausgestellt erhielt. Derselbe ist evangelischer Religion, außerehelicher Sohn der später verheh. Schuhmacher Charlotte Emilie Traber geb. Hödel in Leipzig. Das Schulzeugniß von Leipzig lautet unter Rubrik Betragen: schlecht, er stahl systematisch.“

Mit dem bereits früher von uns Veröffentlichten genügt dies zur Kennzeichnung des Menschen, aus dem eine gewissenlose Reaktion jetzt den fanatischen Helden eines großen politischen Verbrechens machen will, und die in Wirklichkeit nichts anders ist, als das natürliche Produkt unserer heutigen Staats- und Gesellschaftszustände.“ An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Mit dem Helden ist nichts, und mit dem „großen politischen Verbrechen“ —?

Noch sind die Kugeln nicht gefunden.

Und nun eine andere Frage. Daß uns die Lehmann'sche Wodwagsgeschichte nichts nützt, im Gegentheil daß sie uns „sehr unwillkommen“ sein muß, wird übereinstimmend von den Gegnern zugestanden. Siebt es aber nicht Parteien, welchen sie nützt und sehr gelegen kommt? Und Lehmann, wie wir neulich gesagt, „war für Geld zu Allem zu gebrauchen“.

— An den Rockschößen eines Berrückten haumeln immer mehrere andere Berrückte. Ein solcher Berrückter schlägt in der „Berliner Tribune“ vor, wie weiland bei den Jesuiten, ein Sozialisten-Ausweisungsgesetz zu produziren. Circa 5 Millionen Seelen und darunter die fleißigsten und intelligentesten Arbeiter sollen ausgewiesen werden. Ein netter Reichsfeind das, dieser Berrückte in der „Berliner Tribune“. — Ein anderer Berrückter leistet in den Berliner Blättern das Ammenmärchen, daß eine Anhängerin der Frauen Stagemann und Hahn, ein „gefallenes Mädchen“, sich Reußerungen über das Attentat erlaubt habe, welche die Verhaftung des Mädchens nach sich gezogen hätte. — Ein „gefallenes Mädchen“, Anhängerin der Sozialdemokratie. Diese Mädchen sind durchweg gläubende Anhängerin des Geldbetuels und den finden sie viel voller und auch viel bereit bei den Junkern und bei den liberalen Bourgeois. Wenn also ein solches Mädchen im Borne beleidigende Reußerungen ausstieß, so kam es gewiß, betranken gemacht, von einem Herrn der seinen Gesellschaft, der ihr vielleicht nicht genug gezahlt hatte. Deshalb der Born. Ein notorisch Berrückter nur, beren wir ja genug unter den liberalen Preßschlingeln besitzen, konnte die „Gefallene“ an die Kleider der Frauen Hahn und Stagemann anbinden wollen. Am letzten Montag Nachmittag wollte, so erzählen Berliner Blätter, ein 19jähriger junger Mensch absolut vor den Kaiser gelassen werden, um demselben „gute Rathschläge“ zu ertheilen — der junge übergeschnappte Richtattentäter ist einer Heilanstalt übergeben worden. — In der Nacht vom Montag zum Dienstag meldete sich beim Criminalcommissariat am Molkenmarkt ein ebenfalls irrer Schulbhrer aus Sachsen, der den Kaiser sofort sprechen wollte; der arme Jere wurde seiner Familie zugeführt. — Der reine Herzen-

*) Herr Biedermann in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 114) findet, der „Vorwärts“ hätte in der letzten Nummer das „Attentat“ „in einem Tone der Erregung“ besprochen, welcher für die Wahrheit dessen, was das sozialistische Blatt behauptet, schlechtes Zeugniß ablegt, und mit einem Rangel an Logik, der sonst gerade diesem Blatte nicht eigen ist, der aber am besten beweist, in welcher Verlegenheit sich die Herren befinden —. Die „Erregung“ besteht darin, daß wir den Versuch, das Stöder-Sparische Schmerzenskind an unsere Rockschöße zu hesten, uns nicht lammesförmig haben gefallen lassen. Und „der Rangel an Logik“ darin, daß die Redaktion der falschen Annahme ihres Berliner Correspondenten, Lehmann habe aus Hunger gehandelt, entgegentritt. — und ferner in einigen — Vesehleren des Hrn. Biedermann. So sollen wir z. B. behauptet haben, Lehmann sei „vor einigen Tagen“ („also unmittelbar vor dem Attentat“, wie Herr Biedermann in einer an Lessendorff's Adresse gerichteten Klammernotiz bemerkt) „bei der Redaktion des „Vorwärts“ erschienen“. Wenn es Hrn. Biedermann gelingt, seinen denunziatorischen Uebereifer zu mäßigen und richtig zu lesen, wird er entdecken, daß er die Redaktion des „Vorwärts“ mit der Redaktion der „Berliner Freien Presse“ verwechselt hat. Wünscht er weiteren Vesehlerrecht, so kann ihm gedient werden. Boreerst aber möge er dafür sorgen, daß seine Parteigenossen Sparig und Härtner den Lehmann abhelfen — was freilich nicht leicht sein wird.

Redaktion d. „Vorwärts“.

tanz scheint somit in Berlin gegenwärtig stattzufinden. Das der pp. Lehmann nicht zurechnungsfähig ist, liegt für uns und für diejenigen jetzt jedenfalls wohl klar zu Tage, welche das Attentat nicht zu einer politischen Frage emporkommen und Sozialisten-hergen veranstalten wollen. — Das Auftreten des Attentäters selbst, der sich schon als moderner Herostratus in den Büchern der Weltgeschichte eingeschrieben erblickt; ferner, daß derselbe die Taschen voll Patronen aber keine im Laufe, aus dem er geschossen, hatte — bis jetzt ist nämlich noch keine Kugel gefunden — alles das weist darauf hin, daß wir es mit einem hinverbrannten Menschen zu thun haben, der nebenbei ja auch, wie seine Personalien ergeben, noch ein vollkommener Lump ist. — Selbst auf verschiedene Zeugen muß das Attentat eine momentane hirnerschütternde Wirkung ausgeübt haben. Es geben nämlich verschiedene Zeugen an, sie hätten genau gesehen, daß der Attentäter auf das Haupt des Kaisers gezielt habe. — Befanden sich diese Zeugen aber nicht unter dem Eindruck einer Sinnestäuschung, so müßten sie ja dem Attentäter so nahe und so günstig hinter ihm stehen, daß es unverantwortlich genug ist, daß dieselben dem Revolver nicht aus der Hand schlügen. Ständen diese Zeugen aber ferner, so könnten sie wohl sehen, daß der Attentäter den Revolver in der Richtung nach dem Kaiser anlegte, aber doch nicht genau, wohin er zielte. Weshalb haben sie denn nicht gesehen, daß der pp. Lehmann auf die Stirn, auf das rechte oder das linke Auge gezielt hat? Deshalb müssen wir die Angabe betreffender Zeugen als eine durch die momentane Erregung entstandene Sinnestäuschung ansehen, daß der Attentäter auf das Haupt des Kaisers gezielt habe, umso mehr, da andere Personen angeben, daß die Kugel hinten unter dem Wagen in den Sand gefahren sei. — Die Hitze in Berlin ist sehr groß — möge die Natur uns bald einen kühleren Morgen bringen.

— Ein sehr günstiges Urtheil über die Sozialdemokratie. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche von dem Hbdel-Versäher August Braß („Wir färben echt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut“) gegründet ist und in das jetzige offiziöse Fahrwasser übergeführt worden ist, sucht uns allerdings den Hbdel an die Rockschöße zu hängen, schreibt aber sonst auch manchmal recht vernünftig. So constatirt sie bei Besprechung des Reichsbegängnisses von Dentker „eine rapide Zunahme der Thätigkeit und des Einflusses der Frauen in unserer Bewegung“ in folgenden Worten:

Im Königreich Sachsen gehören Vorträge von Damen über die Heillehren der Sozialdemokratie vor versammelten Arbeiter-Delegationen oder Vorträgen auf Ferdinand Lassalle, diesen bekannten Verehrer des weiblichen Geschlechts, schon zu den Alltäglichkeiten: in der Volubilität der Jünglinge ringen schon mehrere, ja einige sogar schon in dem Pathos und in dem Feuer der Beredsamkeit mit den gefeiertesten Namen der heutigen Sozialdemokratie nicht ohne Aussicht auf Erfolg um die Ruhmespalme. Unseres Erachtens ist es ganz ungerathen, dieses Hervortreten des weiblichen Elementes in der sozialdemokratischen Agitation zu unterschätzen; die Geschichte verkündet mit lauter Stimme, welchen wilden, unheilswangeren Charakter noch jede politische oder religiöse Bewegung sofort erhalten hat, in der Frauen eine maßgebende Rolle spielen.“

Schließlich hebt das genannte Blatt den Gehorsam und die Zahlungsbereitschaft unserer Partei hervor:

In Bezug auf diese letztere, jeder politischen oder religiösen Partei ganz unerlässliche Eigenschaft haben die Sozialdemokraten und Ultramontanen vor den anderen Parteien, der liberalen und der conservativen, ohne Ausnahme irgend einer ihrer Fraktionen, einen geradezu fabelhaften Vorsprung. Am tiefsten in der Stala stehen ohne Widerrede die Conservativen, die ihrem sonst so löblichen Prinzip des Erhaltens des Bestehenden auch in Bezug auf die Erhaltung des persönlichen Besitzes, insbesondere wenn es sich um Parteizwecke handelt, eine wahrhaft strupulöse Rechnung zu tragen pflegen. Aber auch wenn man die Rechnungslegungen der nationalliberalen und fortschrittlichen Wahlcomités, also der Parteien, die das constitutionell-Prinzip als Devise auf ihre Fahne geschrieben haben, den öffentlichen Quittungen der sozialdemokratischen Wahlcomités gegenüberstellt, kann man sich des lächelnden Staunens nicht erwehren. Köante Herr A. Weib in Hamburg, der Kassirer der Sozialdemokratie Deutschlands, nicht wöchentlich mindestens über den Empfang des Doppelten von dem, was Nationalliberal und Fortschrittler das Jahr über zusammen ausbringen, öffentlich quittiren, so würde er ohne Widerrede seine Bücher sehr bald zumachen. Die bestehenden Klassen Englands wissen, daß das Tonangeben im Staatelieben, mit einem Worte, daß die constitutionelle Staatsform ihren Regulatoren Geld kostet. Die Deutschen denken anders, sie bringen lieber auf „constitutionelle Garantien“, diktiren die Regierung auf Stegen und Wegen und renommiren von Zeit zu Zeit mit der Bedeutsamkeit des freisinnigen Bürgerthums, um dann endlich, da jede Bedeutsamkeit im Momente der Krisis nach ideeller und materieller Lage geprüft werden muß, von Tag zu Tag Boden an die Sozialdemokraten zu verlieren.“

Verzeihen wir dem Blatte solcher Anerkennung halber die vielen Denunziationen gegen uns; besonders da in Bezug auf den Hbdel jeder anständige Mensch weiß, daß derselbe nur ein Produkt der traurigen zersahrenen und leider herrschenden Zustände ist, welche die Sozialdemokratie nicht geschaffen hat, sondern aufheben will.

— Der Strike oder Lockout in Lancashire dauert fort. Nach einem Telegramm vom 15. d. ist es am 14. Abends in Blackburn zu heftigen Tumulten gekommen. Das Telegramm lautet: „Eine große Masse von Strikenden durchzog die Straßen, warf die Fenster in den Hauptmühlen (soll heißen: Hauptfabriken, — Fabrik heißt auf englisch mill, Mühle) ein und zerstörte die vordere Seite des Hauses des Arbeitgebers Hornby. Letzterer wurde durch Steinwürfe verwundet. Das Haus des Obersten Jackson, des Vorsitzenden der Arbeitgeber-Association, wurde in Brand gesteckt und gänzlich zerstört. Starke Abtheilungen von Infanterie und Cavallerie sind angekommen. Der Tumult dauert fort.“ Nähere Berichte bleiben abzuwarten. — Daß die Arbeiter, die in so frivoler Weise dem Eigennutz der Fabrikanten geopfert werden, sehr erregt sind, läßt sich denken. Die beiden in dem Telegramm genannten Personen haben sich besonders gefällig gegen die Arbeiter benommen.

Nachschrift. Neueren Nachrichten zufolge dauern die Unruhen fort, und haben am 15. d. Collisionen zwischen Arbeitern und Soldaten stattgefunden. Ob Blut geflossen ist, wird nicht gesagt. Das Schweigen des Telegramms über diesen Punkt ist jedenfalls verächtlich.

— Die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der orientalischen Krisis sind durch die neuesten Nachrichten wieder sehr erschüttert worden. Thatsache ist: nicht bloß in

Russland und England wird mit aller Macht gerüstet, auch Oesterreich beginnt nun mit ernsthaften militärischen Maßregeln, die geradezu sinnlos wären, wenn man in Wien an ein glückliches Resultat der Mission Schuwaloff's glaubte.

— Auf unsere kürzlich im „Vorwärts“ gestellte Frage über das Befinden der im Gefängniß zu Trier inhaftirten Genossen Kaulig und Hadenberger ertheilt der „Braunsch. Volksfreund“ folgende Antwort: „Die Behandlung der Gefangenen hat sich etwas gebessert. Kaulig, der betreffs seiner Gesundheit viel zu leiden gehabt hat, fühlt sich jetzt wieder wohler. Sozialdemokratische Zeitungen zu lesen oder gar mit sozialdemokratischen Redakteuren oder sonstigen Sozialdemokraten auch über die unschuldigsten Sachen der Welt zu correspondiren, ist „selbstverständlich“ verpönt.“ — Da diese Angaben des „Braunsch. Volksfreund“ in einem Schreiben, welches uns aus Cochem zugegangen ist, im Wesentlichen bestätigt werden, so halten wir die Angelegenheit vorläufig insofern für erledigt, als wir zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die Behandlung der beiden Genossen, trotzdem sie „sich etwas gebessert hat“, nichts weniger als gut genannt werden kann. Ein anderes Resultat hatten wir übrigens bei dem tragi-komischen Haß, der gerade in den Rheinlanden die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie erfüllt, auch gar nicht erwartet.

— Montag, den 13. Mai, wurde der Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“, Genosse Georg Soltmar, in geheimer Verhandlung des Dresdner Schöffengerichts wegen zwei Majestätsbeleidigungen und einer Kirchenschmähung zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt. Freigesprochen wurde er von der Anklage wegen einer Majestätsbeleidigung, einer Preßcontravention, sowie einer Richterbeleidigung, wegen welcher letzterer auch die mitangeklagte Genossin Eugenie Klemich freigesprochen wurde. Als Verteidiger der Angeklagten fungirte Herr Rechtsanwält Freytag I. aus Leipzig. — Selbstverständlich wird diese „Strafe“ den „Verbrecher“ nur bestärken, fester denn je zur Fahne des Sozialismus zu halten; wenn auch eine längere Zeit der Partei entzogen, wird er im Kerker frische Kräfte zu neuem Kampfe sammeln, um dann trotz aller Verfolgungen, trotz aller Einkerkelungen den Kampf auf's Neue gegen die Feinde der Sozialdemokratie aufzunehmen.

— Aus Belgien gehen uns die ersten Nummern eines neuen sozialistischen Blattes in französischer Sprache zu: der „Voix de l'ouvrier“ (Arbeiterstimme), zu Brüssel wöchentlich ein Mal erscheinend, unter der Redaction unseres bewährten Genossen Louis Vertrand. — Auch in Italien ist ein neues sozialistisches Blatt gegründet worden: „Avvenire“ (Zukunft). Es erscheint in Modena und steht auf sozialdemokratischem, nicht anarchisistischem Boden.

Correspondenzen.

Hersohn, 15. Mai. Für Frau Heinrich Winner, welche sich in drückendster Lage befindet, sind bis zum heutigen Tage Mark 9.80 eingegangen, was ich hiermit dankend bekannt gebe. Winner befindet sich im Gefängniß. Ein schon längere Zeit krankes Kind ist gestorben. Die Verpflegungs- und Beerdigungskosten sind bedeutend genug. Frau W. aber, mit der Pflege ihres Kindes beschäftigt, konnte nicht arbeiten, so daß die Noth noch keineswegs gehoben ist. Ich bitte deshalb die Hiesigen (aber auch andre) Parteigenossen, hier noch zu helfen, da Hilfe dringend nöthig ist. Heinrich Pilsner.

Gotha. „Der Wacker“, Organ für die Schuhmacher Deutschlands, bringt folgenden Nachruf: „Am 5. Mai starb nach kurzen, aber schweren Leiden unser braves, treues Mitglied August Kölllein in Gotha in der Blüthe seiner Jahre. Derselbe gehörte der Gewerkschaft seit deren Gründung an, war fünf Jahre Mitglied der Verwaltung und bekleidete drei Jahre das Amt eines Hauptassistenten. Von seinem Eintritt in die Gewerkschaft bis zu seinem tödtlichen Krankenlager verfolgte er die Interessen der Gewerkschaft, galt sein Wirken nur unsern Bestrebungen. Wir verloren in ihm einen braven Kämpfer für unsere Sache. Ehre seinem Andenken!“

Saarbrücken, 29. April. Betreffend die Tödtung der Frau Brück von Alweiler durch Warginger Reservisten liest man in der hiesigen Presse folgende haarsträubende Einzelheiten. Die Reservisten sind ohne besondere Veranlassung in das Haus des Brück, der Wirth und Bäcker ist, eingedrungen, als die ganze Familie des Mittags am Kaffeetisch saß. Durch die vorher konsumirten Getränke stark angeheitert, setzten sie sich ohne alle Einladung an den Kaffeetisch und griffen zu. Da sie in ihrem Uebermuth sogar mit den Fingern in die auf dem Tische stehende sog. Schmiere tasteten und die Frau mit ihrem Tadel darüber nicht zurückhielt, wurden sie grob und zertrümmerten schließlich, nach heftigem Wortwechsel, mit wahrer Wesserkermuth Fenster und Küchengeräth, und fielen gleichzeitig über die Frau und die beiden Kinder, die ihrer Mutter zu Hülfe kommen wollten, in der rohesten Weise her. Die Frau verendete, von einem Scheit Holz, wie es die Bäder zu gebrauchen pflegen, schwer getroffen, in einer Wistspüße vor ihrem Hause, da sie, von den wuthschraubenden Geistes verfolgt, nach der Thür geeilt war, um Hülfe zu rufen. Als sie sogar noch auf die bereits entsetzte Frau losgingen, machte der inzwischen herbeigekommene Mann die Unmenschen schmerzhaft darauf aufmerksam, daß seine Frau bereits den Geist aufgegeben habe. Dem Sohn des Hauses ist der Arm entzwei geschlagen worden, außerdem hat er verschiedene Wunden am Kopfe. Die Tochter des Hauses hat nur unbedeutende Verletzungen davongetragen. Die Infulpaten, 12 an der Zahl, wurden unter Begleitung von 6 Gendarmen in das St. Wendeler Kantonsgefängniß eingebracht, nachdem sie die Bürgerin bewacht zugebracht hatten. Der Hauptschuldige ist sofort flüchtig geworden, soll jedoch bereits in Saarbrücken ergriffen worden sein. Auf den Gesichtern der Arrestanten zeigte sich auch nicht die geringste Spur von Reue und Niedergeschlagenheit, nichts von dem Bewußtsein, in frevelhafter Weise an einem Morde sich betheiliget und eine Familie ins Unglück gestürzt zu haben. Ja, die zweite Gruppe — sie wurden nämlich zu je 6 Mann ins Gefängniß nach Saarbrücken abgeführt — hat zum Entsetzen der Nachbarschaft des Kantonsgefängnisses zu St. Wendel gerade vor der Ueberführung so laut gelungen und gejubelt, daß man es weithin vernehmen konnte. Die sämtlichen Beschuldigten gehören den besser situirten Familien Wargingers an. — Wie die „Saarbr. Ztg.“ vernimmt, ist nunmehr auch der schwer mißhandelte Sohn der Frau Brück an den erlittenen Verletzungen verstorben. Eine Tochter, welcher der Arm entzwei geschlagen ist, befindet sich in ärztlicher Behandlung. Die Unholde haben außerdem sämtliches Mobiliar in der Wirthschaft demolirt. Der Leichnam der ermordeten

Wirthsfrau trägt außer den Verletzungen am Kopfe noch 15 bis 20 andere Verletzungen.

An die Partei- und Gewerkschaften!

Rainz. Wegen der großen Geschäftslosigkeit, welche auch hier wie überall seit mehreren Jahren herrscht, hat die Partei das Lokal „Union“ aufgegeben und werden infolgedessen die Partei- und Gewerkschaften ersucht, sämtliche Briefe in Parteianglegenheiten an Julius Lippold, Ambach Nr. 6, 3. Stg., Rainz, zu richten.

NB. Das Parteilokal der Partei befindet sich im „Kleeblatt“, große Bleiche“, und das Bezirkslokal für die zureichenden Gewerkschaften, welche den vereinigten Gewerkschaften (Schuhmacher, Schneider, Schreiner, Metallarbeiter und Zimmerer) angehören, bei dem „Restaurateur Beckmann“, mittlere Bleiche, woselbst auch übermachtet werden kann.

Briefkasten

der Redaktion: Th. S. in B.: Geben Sie uns Ihre genaue Adresse an, damit wir Ihnen das Mittel zustellen können. — G. Klein in Ebersfeld: Lehmann war, unseres Wissens, nie in Stuttgart; jedenfalls ist er kein Jude. Lehmann ist daher nicht der Berliner Revolverheld; es giebt ja der Lehmanns so viele und so verschiedenartige in allen, niedrigen wie höchsten Rangstufen.

der Expedition: W. Schütz in Eidel: Die Annonce kam für die Freilag-Nummer zu spät.

Quittung. Innoce Wien Nr. 4.59. Brunn Delphisch Nr. 2.10. Ostrmann Wartin Nr. 4.00. Bich hier Nr. 20.00. Fr. Enal Reudnig Nr. 30.00. Brunn Connewitz Nr. 2.10. Fehlich Wien Abon. 1.59. Eapl Kaiserlautern Schr. 9.90. Bich Altona Nr. 1.00. Roprdt Bukarest Nr. 10.00. Ubr hier Nr. 1.80. Hlr Schwab. Gmünd Nr. 6.00. Schütz Stuttgart Schr. 0.50. Dr. Hipp Rottweil Schr. 10.75. Verth Oberstauffen Schr. 0.50. R. Klysch Roda Nr. u. Schr. 12.00.

Genosse Peterfohn, Korbschneider aus Hamburg, zuletzt in Braunschweig, wird von einem Freund ersucht seine Adresse an J. Lippold, Ambach Nr. 6, 3. Stg. in Rainz einzulenden.

Fonds für Gemahregelte.

Bon S. in Läden 1.00. Bon Kauerer S. hier 1.50.

Altona. Dienstag, den 21. Mai, Abends 8^{1/2} Uhr, im Convent-Saal, gr. Bergstr. 7:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1) Der Sozialisten-Congress in Gotha. 2) Delegirten-Wahl. (S. 36)
NB. Etwasige Anträge wolle man schriftlich bei dem Unterzeichneten oder in der Versammlung einreichen. H. Braß.

Siedel u. Umgegend. Sonntag, den 19. d. M., Nachmittags 5 Uhr im Saale des Gastwirths Hrn. Gohsmaun:

Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung: Das deutsche Reich und seine Verfassung. 2) Der Sozialismus und das Christenthum. 3) Verschiedenes.
Referenten: Die Herren C. Kuhl aus Dortmund und G. Seelig aus Essen.
Der Einberufer: W. Sch.
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pf. Entree erhoben.

Leipzig. Den Mitgliedern der Genossenschaftsbuchdruckerei zur Nachricht, daß gedruckte Rechenschaftsberichte für das Geschäftsjahr vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 zu jeder Tagzeit in unserem Geschäftslokal, Färberstr. 12 II, zu haben sind. Auswärtigen Genossen wird, soweit uns deren Adressen bekannt, der Bericht unter Streifenband zugehen.
Der Vorstand der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Durch die Expedition der „Fackel“ in Leipzig, Kleine Fleischergasse 15, ist in dritter neu erschienener Auflage zu beziehen:

Herr Julian Schmidt

der Literaturhistoriker

mit Sezer-Scholien herausgegeben von Ferdinand Lassalle.

4 Exemplar 1 Mk. franco.

Diese bedeutende Schrift wird hiermit den Parteifreunden, sowie dem gesammten Publikum bestens empfohlen. (35)

Durch uns ist zu beziehen:

Die Freiheit.

Büfte in Gyps 25 Centimeter hoch, modellirt nach der Courbett'schen Büfte „Liberté“.

Preis pro Stück in Holz 2 Mark, in Eisenbeinon 2,50 Mark.

Bei Bezug von 6 Stück 25% Rabatt.

Versandt ohne jede Ausnahme nur gegen baar.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Im Verlag von Emil Sauerstein in Gotha ist erschienen:

Ein armer Wandersmann.

Lied für eine Baritonstimme mit Pianobegleitung.

Comp. von G. Scholz, Op. 16.

Preis 50 Pfg. (40)

Gegen Einzahlung des Betrages in Briefmarken erfolgt Zusendung franco. (90)

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

Die Orientdebatte im deutschen Reichstage (vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht). Kurz beleuchtet von W. Liebknecht. 5 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kossakisch werden? Ein Wahnmort an das deutsche Volk von W. Liebknecht. Zweite, um 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind. 4 Bogen. 8°. Preis 30 Pfg.

Religion und Sozialismus. Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. Gertraud. Den deutschen Arbeitern gewidmet. Zweite Auflage. 4 Bogen. 8°. Preis 40 Pfg.

Die religiöse Frage und das arbeitende Volk. Von Dr. C. Gertraud. Zweite Auflage, durchgesehen und ergänzt von Bruno Geiser. Preis 25 Pfg.

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung. Materialien für die sozialistische Agitation. Von Bruno Geiser. 7 Bogen. 8°. Preis 60 Pfg. (w) (5,10)

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldprägung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück M. 1.20, in Roth M. 1.50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchdruckerei von G. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteurs und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effectuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzler in Leipzig.
Redaction und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.